Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 80 | Montag, den 21. März 1932 | Jahrgang 1932

Der zweite Wahlgang für Hindenburg.

Der Reichskanzler wird auch in Ostpreußen sprechen.

Berlin, 19. März.

Obwohl die Wiederwahl Hindenburgs im zweiten Wahlgang außer allem Zweifel steht, werden die Hindenburgausschüsse doch in ihrer Propagandaarbeit nicht nachlassen. Versucht soll werden,

Hindenburg diesmal die absolute Mehrheit zu verschaffen, obwohl die einfache Mehrheit genügen würde.

Je größer die für Hindenburg abgegebene Stimmenzahl sein wird, umso eher wird das Ausland erkennen, daß seine Spekulation auf die Zerrissenheit des deutschen Volkes fehlgeht. Auch im Innern würde das Vertrauen in eine ruhige Weiterentwicklung durch eine Erhöhung der Hindenburgstimmen wachsen.

Reichskanzler Dr. Brüning wird nach dem Ende des „Osterfriedens" täglich mindestens einmal eine öffentliche Versammlung abhalten,

und zwar an anderen Orten als bei der Kampagne für den ersten Wahlgang. Einmal wird der Reichskanzler in Ostpreußen, und zwar am 9. April in Königsberg, sprechen. Weiter wird er reden: Am 4. April in Stuttgart, am 5. April in Karlsruhe, am 6. April in Erfurt, am 7. April in Hamburg und am 8. April in Stettin. Auch die übrigen Minister, die die Wahl des 13. März vorbereiten halfen, werden im Lande sprechen. In der letzten Woche vor dem zweiten Wahlgang werden die Hindenburgausschüsse

in größtem Umfange mit Plakaten und Flugblättern

hervortreten. Die Zahl der Lautsprecherwagen, die im Lande umherfahren, wird verdoppelt. Der Film „Heimkehr", der viel Beifall gefunden hat, soll überall wieder gezeigt werden. Im Rundfunk dürfte noch einmal die Rede des Reichspräsidenten verbreitet werden, mit der er seine Kandidatur begründete. Schließlich sollen auch die Flugzeuge wieder in den Dienst der Hindenburgpropaganda gestellt werden. Daß man

aus den Erfahrungen des ersten Wahlganges lernen und entsprechende Folgerungen ziehen wird,

ist selbstverständlich. So dürfte man sich diesmal auch der Ortschaft Dietramszell annehmen, wo Hindenburg seinen Sommerurlaub zu verleben pflegt. Sämtliche Wahlberechtigten von Dietramszell hatten sich in die Listen eingetragen, in denen Hindenburg zur Annahme einer neuen Kandidatur aufgefordert wurde. Es lag nahe, daß der bayerische Hindenburgausschuß glaubte, sich um Dietramszell nicht mehr kümmern zu müssen. Das nützten die Nationalsozialisten aus. Sie entsandten zwei ihrer besten Agitatoren nach Dietramszell und ließen jeden Bauern und jeden Stammtisch einzeln „bearbeiten". Die Freude über den Erfolg dieser Agitation in Dietramszell wird aber nur kurz sein, denn der bayerische Hindenburgausschuß wird es sich jetzt angelegen sein lassen, in Dietramszell für Aufklärung zu sorgen.

★

Verordnung des Reichsinnenministers

Berlin, 19. März.

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 14. März die Anordnungen für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl getroffen. Mit Rücksicht darauf, daß in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt am 24. April Landtagswahlen stattfinden, ist mit den Regierungen dieser Länder vereinbart worden, daß die Stimmlisten gemeinsam für die beiden Wahlen vom 30. März bis 3. April zur Einsicht durch die Wähler ausgelegt werden. In allen anderen Ländern beschränkt sich die Auslegung für die Reichspräsidentenwahl wie im Jahre 1925 auf zwei Tage, nämlich Samstag, 2., und Sonntag, 3. April; doch kann in diesem Falle die Gemeindebehörde die Auslegung schon früher beginnen lassen. Die Abstimmungszeit in den Sommermonaten April bis September wäre nach der Reichsstimmordnung 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Um Mißverständnisse bei der Wählerschaft möglichst auszuschalten, hat der Reichsinnenminister angeordnet, daß beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl dieselbe Abstimmungszeit wie beim ersten Wahlgang besteht, also 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, eine Maßnahme, die auch bei der Reichspräsidentenwahl 1925 getroffen worden war. Die Stimmzettel wie alle amtlichen Vordrucke werden, um Verwechslungen mit dem ersten Wahlgang zu vermeiden, aus hellgrünem Papier hergestellt. Im Anschluß an den Erlaß der Verordnung hat sich der Reichsinnenminister noch mit einem Rundschreiben an die Landesregierungen gewandt. Da die Frist für die Auslegung der Stimmlisten in die Hauptumzugszeit fällt, sind besondere Vorkehrungen getroffen, damit die Umschreibung der Wähler in den Stimmlisten zu keinem Verlust des Stimmrechts für die Wähler führt. Wähler, die nach Beendigung der Auslegung der Stimmlisten aus ihrem bisherigen Stimmbezirk wegziehen, können nach Ablauf der Auslegung sich in Stimmlisten des Stimmbezirks ihrer neuen Wohnung nachtragen lassen.

Hugenbergs Verzicht.

Berlin, 20. März.

Die deutschnationale Pressestelle veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: „Unser Vorschlag, zugleich mit den großen Länderwahlen eine Neuwahl des Reichstages vorzunehmen und den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wegfallen zu lassen, ist von der Regierung nicht aufgenommen worden. Wir danken dem Kandidaten des schwarz-weiß-roten Kampfblocks, Oberstleutnant Düsterberg, für seine rastlose, vom Pflichtgedanken getragene Arbeit. Ein Rückblick auf die Reichspräsidentenwahl nötigt uns zu folgenden Feststellungen: Sammlung der nationalen Front zum Kampfe gegen die schwarz-rote Parteiherrschaft war stets unser Ziel. Dem gab die Tagung von Harzburg den sichtbarsten Ausdruck. Allen Hemmungen und Widerständen zum Trotz bleibt diese Zielsetzung unverändert. Die Sehnsucht von Millionen Deutschen, die am 13. März Hindenburg ihre Stimme gaben, war die Einheitskandidatur der nationalen Front. Eine ausgesprochene Parteikandidatur konnte dieser Sehnsucht nicht genügen. Viele sehen in ihr die Gefahr schwerer Erschütterungen. Da sie den nationalen Einheitskandidaten nicht sahen, wählten Millionen, die mit uns das herrschende System ablehnen, den greisen Feldmarschall. Der 13. März hat der Welt gezeigt, daß die Parteien und Kräfte, die das Kaisertum unterwühlt und gestürzt haben, in ihren eigenen Reihen keinen Mann mehr besitzen, den sie dem deutschen Volk als Führer zu bieten wagen. Unsere Gründe gegen die Wahl Hindenburgs bestehen fort. So lange keine entscheidende Kursänderung im Reich und in Preußen erreicht ist, stehen wir gegen ihn.

Seine Wahl aber ist durch die Zahlen des ersten Wahlganges bereits entschieden. Eine aktive Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der zweiten Reichspräsidentenwahl kommt nicht in Frage.

Die Deutschnationale Volkspartei und ihre schwarzweißroten Mitkämpfer bekennen sich erneut zu dem Ziele der Harzburger Front. Es gilt, Preußen zu erobern. Hier liegt der Hebel zum Sturze des Systems."

★

Thälmann kandidiert wieder.

:: **Berlin**, 20. März.

Das Zentralkomitee der K. P. D. veröffentlicht in der „Roten Fahne" einen Aufruf für die Präsidentenwahl. Nach einem Hinweis auf den „Erfolg" vom ersten Wahlgang am 13. März heißt es u. a.:

„In Uebereinstimmung mit dem Willen der Millionenmassen der Arbeiter stellt die Kommunistische Partei den roten Arbeiterkandidaten Thälmann unter der revolutionären Losung „Klasse gegen Klasse" zum zweiten Wahlgang erneut auf. Diese Kampfkandidatur hat den Zweck, das arbeitende Volk der sozialdemokratischen Betrugspolitik des „kleineren Uebels" mit größter Schärfe entgegenzustellen, die breitesten Massen im Geiste des Bolschewismus zu beeinflussen und in den Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit zu führen. Festigt, stärkt, erweitert die Fünfmillionenfront der proletarischen Freiheitsarmee! Verteidigt mit allen Mitteln die Sowjetunion gegen den drohenden Kriegsüberfall! Wendet euch nicht nur durch Worte und Resolutionen, sondern durch konkreten Massenkampf gegen die Ausbeutungsmaßnahmen, die Kriegsprovokationen, die Waffen- und Munitionslieferungen der Kapitalisten".

★

Hitler will wieder bis zum letzten Atemzug kämpfen.

München, 19. März.

Wie die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP mitteilt, fand heute hier in Anwesenheit Adolf Hitlers eine Reichsführertagung der NSDAP statt, die sich mit der politischen Lage befaßte und auf der die Richtlinien für die bevorstehenden Wahlen im Reich und in den Ländern ausgegeben wurden. Nach einem Rückblick des Reichsorganisationsleiters Gregor Straßer auf den ersten Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl wurden die Anweisungen Hitlers für den neuen Propagandafeldzug und seine technische Durchführung bekanntgegeben. Hitler führte in einer Ansprache u. a. aus, daß niemand, der das innere Wesen der Partei kenne, „auch nur eine Sekunde lang im Zweifel über die Fortführung des Kampfes" sein könne. Alles könne die NSDAP ertragen, nur eines würde sie nicht aushalten: Stillstand oder Kampfaufgabe. Sie sei entschlossen zu kämpfen bis zum letzten Atemzug. (Wie 1923?) Die NSDAP glaube (wie vor dem 13. März) an den Sieg, weil ihr unbändiger Siegeswille, ihre absolute Zähigkeit und Beharrlichkeit ihn verbürgten. Es sei kein Zufall, daß er die beste und zuversichtlichste Stimmung, die er je in den 13 Jahren seiner Arbeit erlebt habe, gerade jetzt in diesen Tagen nach dem 13. März erlebe. (Sollte er sich da nicht einmal wieder einer Selbsttäuschung hingeben?) Die Tausende von Telegrammen und Briefen, die er in diesen Tagen erhalten habe, seien alle auf den gleichen Ton gestimmt: „Jetzt erst recht."

★

An die christliche Arbeiterschaft.

Das deutsche Volk hat am 13. März in klarer Eindeutigkeit für Hindenburg entschieden. Diese Entscheidung war eine Treuekundgebung zu dem Urbild deutscher Mannhaftigkeit und deutscher Ehre. Sie war eine energische Ablehnung des zerstörenden Radikalismus und seiner vergiftenden Volkszersetzung. Sie war eine Verneinung frevelhaften Diktaturgeschreis und eine Bejahung des gradlinigen Aufstieges des deutschen Volkes zum freien nationalen und sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat in diesem Wahlkampf für Hindenburg ihre Kraft entscheidend eingesetzt.

Wir dürfen mit Stolz feststellen, daß die Arbeiterschaft, die am schwersten unter der Wirtschaftskrise leidet, ein Beispiel politischer Reife gegeben hat, die geradezu von geschichtlicher Bedeutung für Volk und Vaterland ist.

Die Entscheidung für Hindenburg ist ein voller Sieg.

Hätten die Gegner Hindenburgs auch nur eine Spur von politischer Ehrlichkeit, von nationaler Verantwortung und Sorge für das Volk, sie würden der schwerringenden Nation den weiteren Wahlkampf ersparen. Sie würden wenigstens jetzt vor dem Manne, den das deutsche Volk erwählt hat, zurücktreten. Sie würden zurücktreten, um nicht noch mehr Volkskraft und Volksgut in einem überflüssigen und aufreibenden Wahlkampf zu vergeuden. Sie würden zurücktreten, um die gefahrvolle außenpolitische Lage nicht noch mehr zu erschweren.

Sie wollen es nicht! Sie sind nicht bekehrt durch ihre Niederlage. Sie wollen den weiteren Kampf. Sie wollen Arbeiterentrechtung und Diktatur.

Das deutsche Volk nimmt den Kampf auf.

Und die christliche Arbeiterschaft wird ihre ganze Kraft einsetzen, damit der 10. April ein überwältigender Sieg für Hindenburg wird. Hindenburg bedeutet die Einheit und Kraft des Volkes gegen unfruchtbaren Radikalismus. Mag auch die Zahl der Nachläufer des Radikalismus noch gewachsen sein, seiner Kampfkraft ist dennoch der erste schwere Stoß versetzt worden. Je größer der Sieg

Ein Schritt der Signatarmächte gegen Litauen wegen Memel.

Starker Eindruck in politischen Kreisen.

WTB **Berlin**, 20. März.

Die Vertreter der Signatarmächte der Memelkonvention (Frankreich, England und Italien) haben gestern mittag dem litauischen Außenminister in Kowno nacheinander eine Note ihrer Regierungen über den Memelkonflikt übergeben.

In diesen Noten ist ausgeführt worden:

1. Die Tatsache, daß die Mehrheitsparteien des memelländischen Landtages nach 14tägigen Verhandlungen die Zusammenarbeit mit dem von Simaitis vorgeschlagenen Direktorium abgelehnt haben, beweist, daß dieses Direktorium nicht in der Lage sein würde, das im Memelstatut vorgeschriebene Vertrauen des Landtages zu erhalten. Die Bildung eines Direktoriums Simaitis mit litauischer Majorität würde daher dem Memelstatut und außerdem den Verpflichtungen widersprechen, die der litauische Außenminister gegenüber dem Völkerbundsrat übernommen hat.

2. Für den Fall, daß ein Direktorium, das das Vertrauen des Landtages genießt, nicht in naher Zeit gebildet wird, werden die Signatarmächte sich gezwungen sehen, den Fall Böttcher nicht auf dem bisher beabsichtigten Wege eines Schiedsgerichtes zu erledigen, sondern statt dessen die Angelegenheit dem Haager Gerichtshof unterbreiten.

3. Eine etwaige Auflösung des Landtages würde von den Signatarmächten als Zuwiderhandlung gegen die Empfehlungen des Völkerbundsrates vom 20. Februar betrachtet werden können. Die Signatarmächte würden dann zu prüfen haben, ob ein solcher Akt nicht einen neuen Verstoß der litauischen Regierung gegen die Memelkonvention darstellt.

Minister Dr. Zaunius verteidigte den litauischen Standpunkt gegenüber den Vertretern der Signatarmächte u. a. damit, daß es sich erst bei einer Vorstellung des Direktoriums im Landtage zeigen könne, ob es dessen Vertrauen oder Mißtrauen erhalten werde. Zaunius protestierte aufs schärfste gegen die Feststellung der Signatarmächte, daß die Bildung des neuen Direktoriums mit seinen im Völkerbundsrat abgegebenen Erklärungen im Widerspruch stände. Wenn die Verhandlungen in Memel nicht das gewünschte Resultat ergeben hätten, so wäre hierfür weder die litauische Regierung noch irgend eines ihrer Organe verantwortlich.

In politischen Kreisen hat die Note einen starken Eindruck gemacht. Noch vorgestern hatten sowohl Zaunius in einer Pressekonferenz als auch das offizielle Organ der litauischen Regierung in einem Artikel die deutsche Meldung über die Demarche der Signatarmächte damit abzutun versucht, daß gesagt wurde, der Wunsch der deutschen Presse nach einer schärferen Note sei „der Vater des Gedankens".

★

Litauen für Ueberweisung an den Haager Gerichtshof.

× **Kowno**, 20. März.

Nach dem Schritt der Unterzeichnermächte des Memelabkommens am Sonnabend hielt das litauische Ministerkabinett eine außerordentliche Beratung ab, zu der auch der Vorsitzende des Staatsrates und die Rechtsberater der Regierung hinzugezogen waren. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wurde der Beschluß gefaßt, sich dem Wunsche der Unterzeichnermächte, die Memelangelegenheit dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, nicht zu widersetzen, da die weitere Entwicklung im Memelgebiet sich nach der Absetzung Böttchers zwangsläufig ergebe. Man steht auf dem Standpunkt, daß die Souveränität Litauens über das Memelgebiet in der Frage der Bildung des Direktoriums ein für allemal klargestellt werden müsse, um weiteren Zwischenfällen ähnlicher Art vorzubeugen. Die in der Note der Unterzeichnermächte enthaltenen Einwände und Warnungen, so wird erklärt, könnten nicht den Anspruch erheben, sich auf die rechtlichen Voraussetzungen des Memelabkommens zu stützen, sondern seien als Meinungsverschiedenheit zwischen Litauen und den Unterzeichnermächten aufzufassen. — Aus Kreisen des memelländischen Landtages wird mitgeteilt, daß in der Sitzung des Landtages am kommenden Dienstag ein Mißtrauensantrag gegen das Direktorium Simaitis eingebracht werden wird, der aller Wahrscheinlichkeit nach angenommen werden dürfte. Was dann darauf erfolgen wird, ist in der gegenwärtigen Lage — nach der Ueberweisung der Note der Signatarmächte in Kowno — völlig ungewiß. Berichte über diese Note wurden in den litauischen Zeitungen unterdrückt; ausländische Zeitungen, die darüber Berichte brachten, wurden beschlagnahmt.

★

Rücktritt des litauischen Generalkonsuls in Berlin.

× **Berlin**, 20. März.

Der litauische Honorargeneralkonsul in Berlin, Dr. Hans Fischer, hat im Hinblick auf die Zuspitzung des Memelkonflikts sein Amt zurückgegeben.

★

Die Strafe für die Steinwürfe gegen das Haus des Konsuls.

÷ **Berlin**, 19. März.

Vor dem Schnellgericht hatte sich heute der 28jährige Chauffeur Denkert, ein Angehöriger der Strasser-Gruppe, zu verantworten, der am Mittwoch dieser Woche in der Privatwohnung des litauischen Honorarkonsuls eine Fensterscheibe eingeworfen hatte. Der Angeklagte schleuderte gegen das Gebäude 14 Steine, von denen jedoch nur einer traf. Denkert, der die Tat unumwunden zugab, wies auf die Drangsalierungen des Memellandes durch Litauen hin und erklärte, daß papierene Proteste der Regierung nicht genügten. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob er die Tat mit anderen verabredet habe, erklärte der Angeklagte, daß er seine Absicht einem Unterführer der Strassergruppe mitgeteilt habe. Dieser habe ihm gesagt: „Wenn du den Mut hast, mach' es!" Der Angeklagte, der sich vor Gericht sehr renitent benahm, erklärte weiter, er bedauere, daß die Steine keine Handgranaten gewesen seien. Als er während des Plädoyers des Staatsanwalts höhnisch lachte und trotz der Verwarnung durch den Vorsitzenden kein anderes Benehmen zeigte, legte ihm das Schnellgericht eine Haftstrafe von drei Tagen wegen Ungebühr auf. Wegen der Straftat verurteilte es ihn zu drei Wochen Gefängnis.

Start des „Graf Zeppelin" nach Amerika.

+ **Friedrichshafen**, 21. März.

Bei recht günstiger Wetterlage und nahezu Vollmond startete das Luftschiff „Graf Zeppelin" um 0,34 Uhr zu seiner ersten diesjährigen Brasilienfahrt. Dr. Eckener ist Kommandant des Luftschiffes.

★

„Graf Zeppelin" hat am letzten Dienstag eine in allen Teilen gut gelungene Werkstättenfahrt ausgeführt. Soweit es die Wetterlage gestattet, wird das Luftschiff die Route durch das Rhone-Tal—Mittelmeer—Gibraltar, dann über die Kanarischen oder Kapverdischen Inseln einschlagen. Neun Passagiere nehmen an der Fahrt nach Pernambuco teil. Das Luftschiff wird am Dienstag, dem 22. März, gegen 22,30 Uhr in Pernambuco eintreffen. Für die Rückfahrt nach Friedrichshafen hat der amerikanische Millionär Leeds, der im Jahre 1929 an der großen Weltfahrt teilnahm, bereits gebucht. An Post werden mehrere Säcke befördert. Für Passagiere und Post hat das Condor-Syndikat einen Sonderanschlußdienst nach Bahia, Rio de Janeiro und Buenos Aires eingerichtet. Für die Reise nach Pernambuco sind 900 Kg. Lebensmittel und Getränke an Bord des Luftschiffes verstaut.

Hindenburgs, desto entscheidender der zweite Schlag gegen die Abenteurerpolitik des Radikalismus.

Kameraden, Frauen und Männer der Arbeit, tut am 10. April noch einmal in beispielhafter Treue und Disziplin Eure vaterländische Pflicht.

Gegen Arbeiterentrechtung, Klassenstaat und Diktatur!
Für Hindenburg!
Für Ehre und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft!
Für Ehre und Freiheit des deutschen Volkes!
Für den nationalen und sozialen Volksstaat!

Berlin, den 19. März 1932.

Der Vorstand
des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

*

Der Christlich-Soziale Volksdienst für Hindenburg.

((**Berlin**, 19. März.

Die Reichsführung des Christlich-Sozialen Volksdienstes teilt mit: „Die ganze Volksdienstbewegung hat sich im ersten Wahlgang mit größtem Nachdruck für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt. Die Reichsführung dankt allen Gliederungen und Freunden für ihren selbstlosen Einsatz, der durch den schönen Erfolg am 13. März reich belohnt worden ist. belohnt worden ist. Beim zweiten Wahlgang, am 10. April, darf keine falsche Sicherheit und Wahlmüdigkeit herrschen. Wir sind es Hindenburg schuldig, daß die im ersten Wahlgang leider nicht ganz erreichte absolute Mehrheit am 10. April überschritten wird. Hindenburg tut für uns mehr als seine Pflicht. Wir wollen uns nicht von ihm beschämen lassen.

*

Man merkt die Absicht.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände für Hitler.

Berlin, 19. März.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands haben beschlossen, im zweiten Wahlgang die Kandidatur Hitlers zu unterstützen. In der Begründung dieses Entschlusses wird darauf hingewiesen, daß mit dieser Stellungnahme keine Bindung an irgendeine Partei verbunden sei. Die kommenden Preußenwahlen wie auch der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl erforderten ein Zusammengehen aller antimarxistischen Kräfte. (Es geht diesen Leuten nicht um den Reichspräsidenten, sondern um den Reichskanzler.) — Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit: Die Stellungnahme der Vereinigten Vaterländischen Verbände für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentschaft bindet weder den Stahlhelm, noch den Königin Luisebund, die den Vereinigten Vaterländischen Verbänden nicht mehr angehören."

Severings Wall.

Der Kampf um Preußen.

× **Düsseldorf**, 19. März.

In einer Kundgebung des Aktionsausschusses der Eisernen Front sprach am Samstag abend vor etwa 10 000 Zuhörern der preußische Innenminister Severing über den „Kampf um Preußen". Er betonte zunächst, man dürfe nicht übersehen, daß zwischen dem heutigen Tage und den Preußenwahlen der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl liege. Man könnte versucht sein zu sagen, das Ergebnis des 13. März habe für Hindenburg einen derartigen Vorsprung ergeben, daß der zweite Wahlgang eigentlich nur ein Vorgang formeller Art sei. Man müsse jedoch im zweiten Wahlgang dafür sorgen, daß

die Hitler-Psychose noch einen stärkeren Stoß erlebe.

Eine politische Partei, die nur das Sammelbecken der Unzufriedenen aus allen Lagern sei, könne sich auf die Dauer nicht halten. Die nationalsozialistische Bewegung sei der Ausdruck einer politischen Krankheit, von der das deutsche Volk so schnell wie möglich befreit werden müsse. Auch Hitler habe zugeben müssen, daß er im Falle der Machtergreifung die Notverordnungen und auch den Versailler Vertrag nicht beseitigen könne.

Ein Mensch, der heute so und morgen so redet, könne nicht Führer eines Volkes sein.

Am 10. April müßten die letzten Reserven herangeholt werden, damit der Sieg Hindenburgs ein überwältigender werde. Das sei schon notwendig im Hinblick auf die kommenden französischen Wahlen. Das Schicksal der Befriedung Europas und der ganzen Welt sei abhängig von der Stellung Deutschlands und Frankreichs zueinander. Am 10. April müsse das deutsche Volk gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß Deutschland keine neue Völkerverhetzung, sondern Freundschaft mit Frankreich haben wolle. Zum Schluß seiner Ausführungen kam Severing auf

die Polizeiaktion gegen die NSDAP.

in den letzten Tagen zu sprechen und führte u. a. aus: Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß die letzten Haussuchungen bei den Nationalsozialisten aus Gründen politischer Sensationen vorgenommen worden sind. Wer mich kennt, weiß, daß mir politische Sensationen zuwider sind, weil sie auf Kosten des Volkes gehen. Wenn ich trotzdem in den letzten Tagen der Oeffentlichkeit ein Bild über die Nationalsozialisten übermittelt habe, dann habe ich damit nur eine polizeiliche Pflicht erfüllt. Wenn man sagt, das sei Wahlmache, dann antworte ich: Ich kann nichts dafür, daß die Sturmabteilungen in der Nacht vom 13. zum 14. März mobilisiert worden sind.

Für einen Polizeiminister ist es besser, er redet weniger und handelt.

Wenn ich auch heute zu den Besprechungen zwischen dem Reichswehrminister Groener und Herrn Göring schweige, so kann ich schon etwas dazu sagen, aber ich sage es auf andere Weise, die den Nationalsozialisten etwas fühlbarer sein wird. Ich denke gar nicht daran, die Freiheit irgendeines nationalsozialistischen Parteigängers zu beschneiden; ich denke gar nicht daran, die Pressefreiheit der NSDAP. einzuschränken; ich denke nicht daran, wie ein Metternich in Preußen zu hausen — aber ich denke daran —, so erklärte Severing unter nicht endenwollenden Beifallsstürmen — jetzt

einen Wall zu errichten zur Wahrung der Staatsautorität und zur Bekämpfung derjenigen Bestrebungen in Deutschland, die an Stelle des Gesetzes die Willkür einführen wollen.

Das müßte ein merkwürdiger Staat sein, der vor den Drohungen von Parteiführern oder einer ganzen Partei zurückweicht! Herr Adolf Hitler soll nach Zeitungsmeldungen in Weimar gesagt haben: „Die anderen sind mit Furcht und Schrecken erfüllt vor unserer Bewegung!" Und ich sage: „Und wenn die Welt voll Teufel wär, und wenn es noch so viele Nationalsozialisten in Deutschland gäbe: hier steht einer, der keine Furcht und keinen Schrecken hat (minutenlanger, stürmischer Beifall). Und ich füge hinzu: Hier ist nicht einer, sondern

hier sind 12 000 Menschen, die sich vor Herrn Hitler und seinen Trabanten nicht fürchten!"

Severing schloß: „In den nächsten Tagen feiert man das Fest Goethes in Weimar. Feiern auch wir Goethe, indem wir uns daran erinnern, daß nicht an einem Wahltag die Schlacht geschlagen wird, die eine Entscheidung für eine Nation, für die Menschheit, bedeutet. Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß!" (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

*

Keine Waffenlager im Besitze der Reichsbahn.

○ **Berlin**, 19. März.

Eine hiesige Zeitung hatte heute berichtet, daß angeblich ein Waffenlager durch einen höheren Beamten der Reichsbahndirektion verraten worden sei. Hierzu teilt die Reichsbahndirektion Berlin mit: Der Bahnschutz, der mit behördlicher Genehmigung teilweise mit Handfeuerwaffen ausgerüstet ist, hat auf dem Potsdamer Güterbahnhof in Berlin einige Waffen mit der dazu gehörigen Munition verwahrt, um im Falle der Not schnell zum Schutz der in unmittelbarer Nähe gelegenen Reichsbahndirektion darauf zurückgreifen zu können. Von einem Waffenlager kann aber keine Rede sein. Daß auf dem Potsdamer Güterbahnhof Waffen vorhanden waren, muß naturgemäß einer Reihe von Eisenbahnbediensteten bekannt sei, sodaß es schwer halten wird, zu ermitteln, wer den Nationalsozialisten davon Kenntnis gegeben hat. Die höheren Beamten, die darum gewußt haben, scheiden von jedem Verdacht aus.

Das Urteil im Schultheiß-Patzenhofer-Prozeß.

Drei Monate Gefängnis für Katzenellenbogen.

):(**Berlin**, 19. März.

Im Schultheiß-Patzenhofer-Prozeß wurde Samstag mittag das Urteil verkündet. Generaldirektor Ludwig Katzenellenbogen wurde wegen Bilanzverschleierung zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 10 000 Mark, ersatzweise einen weiteren Monat Gefängnis, verurteilt. Von der Anklage der Untreue wurde Katzenellenbogen freigesprochen. Die Gefängnisstrafe gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt.



Ludwig Katzenellenbogen.

Generaldirektor Panzlin erhielt wegen Bilanzverschleierung anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat eine Geldstrafe von 10 000 Mark und eine weitere Geldstrafe von 10 000 Mark, ersatzweise einen Monat Gefängnis.

Das Verfahren wegen Prospektbetruges im Sinne des § 88 des Börsengesetzes wurde gegen Katzenellenbogen und Penzlin eingestellt.

Die drei Angeklagten Kommerzienrat Dr. Sobernheim und die Direktoren Kuhlmey und Funke wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt, daß die schweren Erschütterungen der deutschen Wirtschaftslage auch diesen Prozeß zur Folge gehabt hätten. Betreffs des gegen Katzenellenbogen und Penzlin erhobenen Vorwurfes des Prospektvergehens im Sinne des Börsengesetzes habe sich die Strafkammer auf des Börsengesetzes habe die Strafkammer Vorwurf der Untreue habe das Gericht auch keinerlei Feststellungen treffen können, weshalb die Freisprechung erfolgte. Anders sei es mit der Bilanzverschleierung; hier könne es keine Entschuldigung geben. Anders verhalte es sich allerdings mit der Frage, ob das Generaldirektorium der Generalversammlung Mitteilung über die hohen Verpflichtungen aus den Konsortialverträgen machen mußte. Auf Grund der Notverordnung sei ein Verschweigen ausdrücklich anerkannt. Seit dem schwarzen 13. Juli 1931 sei in der Beurteilung wirtschaftlicher Verhältnisse eine grundlegende Aenderung eingetreten, die auch hier in Betracht zu ziehen sei. Deshalb hätten die Generaldirektoren freigesprochen werden müssen. Lediglich Katzenellenbogen und Penzlin, die als namhafte Führer der Wirtschaft vorbildlich zu wirken hätten, hätten wegen Bilanzverschleierung im Sinne des § 314, Ziffer 1 des HGB. bestraft werden müssen.

Nach dem Urteil wurde der Haftbefehl gegen Katzenellenbogen aufgehoben und Katzenellenbogen aus der Haft entlassen.

Die Vereinbarungen des Reiches mit den Reedereien.

Verstärkte Durchführung der Ersparnismaßnahmen.

((**Berlin**, 19. März.

Zu den Vereinbarungen des Reiches mit den Reedereien erfahren wir weiter: Die durch die Zusammenlegung des Aktienkapitals von Hapag und Lloyd erzielten Buchgewinne sowie die aus der Auslösung der Reserven entstandenen Beträge werden zur Deckung entstandener Verluste und zur Abschreibung der Anlagewerte verwendet werden. Diese Beträge werden sich bei Hapag auf rund 185, bei Lloyd auf 180 Millionen Mark belaufen. Zur Verfügung jeder Gesellschaft bleibt ein ordentlicher Reservefond von 10 Prozent, also 4.8 Millionen des Grundkapitals und ein Betrag von mindestens 24 Millionen Mark als Spezialreserve. Die seit dem Vorjahr eingeleiteten Ersparnismaßnahmen der beiden Gesellschaften werden verstärkt durchgeführt. Die dadurch zu erreichenden Minderausgaben werden im Laufe des Jahres auf 45 Millionen Mark errechnet.

Der sogenannte Unionvertrag von 1930 wird dabei praktisch in dem Umfang zur Wirklichkeit werden, wie er damals geplant wurde, aber in der Uebergangszeit erst allmählich zur Durchführung kommen sollte. Ein neues Bankenkonsortium wird den weiteren Kreditbedarf in Höhe von 46,4 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Das Reich legt entscheidenden Wert darauf, daß bis zur Sicherung der vom Reich garantierten Kredite die Geschäftsführung in der Frage künftiger Expansionen, in der Frage des Fahrtenprogramms und in der Frage der Neubauten sich der Zurückhaltung befleißigt. Zur Sicherung der Uebersicht über die Maßnahmen der Geschäftsführung wird sich die Reichsregierung vorbehalten, einen besonderen Vertrauensmann zu ernennen. Von den in Aussicht genommenen Mitgliedern des Aufsichtsrates, der nach der letzten großen Notverordnung 30 Mitglieder umfassen soll, soll die Bestellung von acht Mitgliedern der Zustimmung der Reichsregierung unterliegen.

Die gesamten Ueberbrückungsmaßnahmen gelten für das Jahr 1932.

Bei den sogenannten Trampreedereien werden Kredite bis zu 7 Millionen Mark den Reedern gegeben werden. Die Vorbereitungen hierfür sind fertig, sodaß mit dem 1. April die Zahlungen aufgenommen werden können. Es ist dann schließlich noch vorgesehen, in Gestalt von Abwrackprämien und zwar zusammen für Schiffahrt und Trampreedereien einen Betrag von 28 Millionen Mark auszuwerfen. Es soll sich dabei darum handeln, den Reedereien die Möglichkeit zu geben, rascher mit Neubauten herauszukommen.

Die vertagte Senkung der Sprit-Abgabe.

In dem offiziellen Kommuniqué über die neue wirtschaftspolitische Notverordnung ist gesagt, daß die Senkung der Branntwein-Monopolabgabe noch nicht verordnet wird. Dazu wird noch mitgeteilt:

In einer Sitzung des Beirates der Reichsmonopolverwaltung konnte die in Aussicht genommene Senkung der Branntweinabgabe nicht beschlossen werden, da die notwendigen Voraussetzungen noch nicht geschaffen sind. Der Beirat nahm folgende Entschließung an: „Der Beirat der Reichsmonopolverwaltung spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Reichsregierung die in Aussicht gestellte Senkung der Hektoliterabgabe nicht beschlossen, sondern die Entschließung darüber ohne Angabe der Gründe vertagt hat. Der Beirat stellt fest, daß diese weitere Vertagung der Herabsetzung nicht nur das Gewerbe empfindlich schädigt, sondern auch fiskalische Interessen schwer beeinträchtigt."

Eine Protesterklärung gegen die Vertagung ist dem Reichskanzler vom Reichsverband deutscher Handelsvertreter für Weine und Spirituosen übermittelt worden. Die Absatzdrosselung der letzten Monate werde nun in unerträglicher Weise anhalten. Das Reichsfinanzministerium habe ausdrücklich zugesagt, daß Spritpreissenkung und Biersteuerherabsetzung gleichzeitig erfolgen sollten.

Die Herabsetzung der Altersgrenze.

Ausführungen Grimmes.

Berlin, 19. März.

Kultusminister Dr. Grimme sprach gestern auf der Deutschen Welle über die Herabsetzung der Altersgrenze für die Lehrer. Einleitend wies er darauf hin, daß mit der Beendigung des Schuljahres 2300 Lehrkräfte die Volksschule verließen, da sie das 62. bis 65. Lebensjahr vollendet hätten. Dazu kämen noch rund 400 Lehrkräfte, die sich entschlossen hätten, auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung vom 4. November v. Js. freiwillig in den Ruhestand zu treten. Aus den Lehrkörpern der höheren Schulen schieden im ganzen 400 Lehrkräfte aus, unter ihnen 93 Direktoren und 55 Oberstudienräte. Leider sei es nun nicht so, daß 3000 Junglehrer oder -lehrerinnen nunmehr in die freigewordenen Stellen einrücken könnten, da die Lage der Staatsfinanzen eine Einschränkung der Lehrerstellen nötig mache. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß es sich bei den sogenannten Junglehrern und Jungphilologen, deren Beibehaltung im Schuldienst das Ziel der Herabsetzung der Altersgrenze gewesen sei, im Durchschnitt um die Generation handle, die heute zwischen 30 und 40 Jahren stehe, die also ihre Ausbildungszeit schon vor längerer Zeit beendet und viele Jahre bereits Dienst getan hätten. Zum Schluß versicherte Grimme, daß alles versucht werden solle, im Rahmen der haushaltmäßig zur Verfügung stehenden Mittel den von der vorzeitigen Zuruhesetzung betroffenen Lehrkräften nach Möglichkeit durch Unterstützungen zu helfen, und daß in besonders krassen Notfällen auch für die Kinder der zur Ruhe gesetzten Beamten hinsichtlich der Ausbildung gesorgt werden würde.

Volksentscheid in Oldenburg am 17. April.

+ **Oldenburg**, 19. März.

Der oldenburgische Volksentscheid über die Auflösung des Landtages, der ursprünglich auf den 10. April festgesetzt war, ist nunmehr auf den 17. April festgelegt worden.

Kommunistische Zersetzungsversuche bei der Artillerieschule Jüterbog.

)(**Jüterbog**, 19. März.

Mitglieder der kommunistischen Partei haben sich an Reichswehrsoldaten der Artillerieschule heranzumachen versucht, um kommunistische Zellen in der hiesigen Garnison zu bilden. Die Soldaten sind jedoch nicht darauf eingegangen, sondern haben die Angelegenheit ihren Vorgesetzten gemeldet. Seit einigen Tagen beschäftigt sich die politische Abteilung der Kriminalpolizei Berlin mit der Klärung der Vorgänge, die jetzt soweit fortgeschritten ist, daß am Freitag zwei Festnahmen erfolgen konnten. Noch im Laufe des Sonnabends wird Kriminalkommissar Geißler einen richterlichen Haftbefehl erwirken. Der Versuch der Kommunisten, die Garnison zu zersetzen, kann damit als vereitelt gelten.

Alfons XIII. über monarchistische Manifeste.

Paris, 18. März.

Eine Korrespondenz des „Matin" hat den ehemaligen König Alfons XIII. von Spanien an Bord des Dampfers, mit dem er von seiner Mittelmeerreise gestern nach Frankreich zurückgekehrt ist, über das während seiner Abwesenheit veröffentlichte angeblich von ihm stammende Manifest befragt. Der Korrespondent gibt Frage und Antwort wie folgt wieder:

Frage: „Man schreibt Ihnen ein Manifest zu. Ich möchte Sie fragen: Haben Sie es abgesandt? Ja oder nein?"

Antwort: „Ich war in Jerusalem, als ich davon erfuhr. Ich muß mich unterrichten, nicht wahr?"

Frage: „Sie haben also kein Manifest abgesandt?"

Antwort: „Hören Sie, das ist doch etwas verwickelter! Es hat da wohl eine Gruppe während meiner Abwesenheit . . . Sie begreifen wohl? Was geschehen ist, ist geschehen!" Bei diesen Worten sei der Herzog von Miranda zu der Gruppe hinzugetreten und der König habe darauf bemerkt: Ich habe Ihnen da Dinge genannt, die nicht für die Zeitungen bestimmt sind!" Im übrigen schwieg der König dann.

Bombenwurf gegen den ägyptischen Ministerpräsidenten.

× **Kairo**, 20. März. (Reuter).

Auf dem Wege, den der von einem offiziellen Essen gestern abend zurückkehrende Premierminister passieren mußte, explodierte kurz vorher eine Bombe, die jedoch keinen Schaden anrichtete. Man glaubt, daß es sich um eine Demonstration handelt. Die Bombe war von dem gleichen unsachgemäßen Typ, wie er bei früheren Demonstrationen benutzt worden war.

Die Schwiegertochter mit dem Beil erschlagen

:: **Leitmeritz (Böhmen)**, 19. März.

Die verwitwete Wirtschaftsbesitzerin Anna Wessely erschlug gestern nachmittag im Keller ihres Hauses in Klein-Czernosek mit einem Beil ihre 19jährige Schwiegertochter. Die Tat ereignete sich in der gleichen Weise und am gleichen Ort, wo vor einigen Jahren Frau Wessely von ihrem Manne durch Beilhiebe schwer verletzt worden war. Sie war damals erst nach langer Krankheit genesen, während der Mann sich gleich nach der Tat im Walde erhängt hatte. Eine Tochter der Frau war im Vorjahre durch eine herabstürzende Wand in einer Sandgrube verschüttet worden und dabei erstickt. Es wird vermutet, daß Frau Wessely die furchtbare Tat im Zustand einer plötzlichen Geistesverwirrung verübt hat.

„Meine Weltanschauung bricht zusammen".

:: **Leipzig**, 19. März.

Eine Familientragödie, die sich am Dienstag ereignete, hat eine seltsame, für unsere wirre Zeit überaus charakteristische Aufklärung erfahren. Ein 30jähriger Dr. Heinz Wilke hat sich in einem Anfall geistiger Umnachtung aus dem Fenster gestürzt. Er blieb schwerverletzt liegen. Der Vater begleitete seinen Sohn ins Krankenhaus. Dort stellte man fest, daß auch der Vater Zeichen nervöser Störungen von sich gab. Man behielt ihn gleich dort. Als Nachbarn die unglückliche Mutter trösten wollten, mußten sie feststellen, daß auch die Mutter ihrer Sinne nicht ganz mächtig sei.

Zu dieser Meldung wird jetzt aus Halle berichtet: Dr. Heinz Wilke, der an einer Halleschen Privatschule Unterricht erteilte, war fanatischer Anhänger der N. S. D. A. P. und vor allem auch in dem für Preußen verbotenen nationalsozialistischen Schülerbund tätig. Für das dritte Reich hatte man Wilke einen hohen Posten zugedacht. Er war so fest davon überzeugt, daß Hitler am 13. März die Macht übernehmen werde, daß die Nachricht von Hitlers Niederlage ihn wie ein Donnerschlag traf. Er erlitt einen vollkommenen Nervenzusammenbruch, der von andauernden Weinkrämpfen begleitet war. In dem Unterricht erklärte er seinen Schülern: „Meine Weltanschauung bricht zusammen." Dann sprang er plötzlich auf, rannte aus dem Klassenzimmer und irrte lange umher. Schließlich fuhr er nach Leipzig zu seinen Eltern. Er fand aber auch dort keine Ruhe und keinen inneren Halt und stürzte sich aus dem Fenster.

Grausiger Doppelmord.

Oelsnitz, 20. März.

In der kleinen Gemeinde Zaulsdorf bei Oelsnitz i. V. beobachteten in der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr nachts Einwohner, daß in dem Anwesen des Gutsbesitzers Wolf ein Brand ausgebrochen war, der erheblichen Umfang anzunehmen drohte. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden, sodaß nur die große Scheune mit reichen Erntevorräten ein Opfer der Flammen wurde. Da das Ehepaar Wolf nicht erschien, wurde eine Leiter an das Fenster der Schlafstube gelegt, auf der der 19jährige Knecht Morgner emporstieg. Er rief den Untenstehenden zu: „Die leben nimmer, die sind tot!" Es stellte sich heraus, daß eine grauenvolle Mordtat begangen worden war. Der Mörder hatte mit einem Beil oder einem anderen stumpfen Gegenstand auf das schlafende Ehepaar eingeschlagen. Die 46 Jahre alte Frau Wolf war sofort tot, während der 54 Jahre alte Ehemann 12 Stunden später im Krankenhaus Oelsnitz gestorben ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Als des Mordes verdächtig wurde der Knecht Morgner verhaftet. Er bestreitet die Tat, hat sich aber dadurch verdächtig gemacht, daß er, obwohl er fast völlig angezogen war und sein Fenster dem Brandherd gegenüber liegt, von dem Brande nichts gewußt haben wollte. Es wird vermutet, daß er auch den Brand angelegt hat.

*

Ein schweres Straßenbahnunglück.

:: **Tiflis**, 20. März. Am Sonnabend stießen zwei Straßenbahnwagen infolge falscher Weichenstellung zusammen, wobei vier Personen getötet und 15 teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Drei Beamte der Straßenbahn wurden von der OGPU verhaftet.

Drei Todesopfer bei einer Brückeneinweihung.

× **Sidney**, 19. März. Nach Eröffnung der neuen Riesenbrücke überquerten ungefähr 300 000 Menschen auf ihr den Hafen. Der Menschenstrom verlief sich erst um Mitternacht. Drei Personen büßten im Gedränge ihr Leben ein, 500 wurden ohnmächtig.

Vier Tote bei einem Flugunfall.

:: **Los Angeles**, 20. März. Beim Absturz eines Flugzeuges in Kalifornien fanden vier Personen den Tod.